

Martin Ramírez
Stefan Schmalz
(Hrsg.)

EXTRAKTIVISMUS

Lateinamerika nach dem Ende
des Rohstoffbooms

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Geschäftsführung des DFG-Kollegs »Postwachstumsgesellschaften«	7
Christine Schickert und Klaus Dörre	
Einleitung: Das gewonnene Jahrzehnt?	
Die lateinamerikanische Linke im Zeitalter des Neoextraktivismus	9
Martín Ramírez und Stefan Schmalz	

Teil 1

KONZEPTE UND BEGRIFFE

Einführung in das Konzept des (Neo-)Extraktivismus und aktuelle Situation

Extraktivismen	
Erscheinungsformen und Nebenwirkungen	19
Eduardo Gudynas	
Vom Boom zur Krise	
Gefangen im magischen Viereck des Neoextraktivismus	39
Stefan Schmalz	

Teil 2

EXTRAKTIVISMUS: WIDERSPRÜCHE UND FOLGEN

Fallstudien zu einzelnen Ländern und Sachthemen

Staat und Ölrente in Venezuela	59
Stefan Peters	
Das Modell Chile	
Die sozial-ökologischen Folgen des neoliberalen Vorzeigemodells	79
Anna Landherr, Jakob Graf und Cora Puk	

Die Infrastruktur des Extraktivismus	
Der Hafen von Valparaíso	99
Hernán Cuevas Valenzuela und Jorge Budrovich Sáez	
Sojaanbau in Brasilien	
Neue Formen der Finanzierung und Regulierung	119
John Wilkinson und Paulo Pereira	
Lithium in Südamerika	
Bergbauensklave oder postextraktivistische Alternative?	139
Federico Nacif	
Teil 3	
PERSPEKTIVEN UND ALTERNATIVEN	
Diskussion um Konflikte, Zukunftsszenarien und mögliche Alternativen	
Extraktionsnetzwerke und soziale Konflikte in Lateinamerika . . .	159
Martín Ramírez	
Alternativen zum Extraktivismus oder alternative Extraktivismen?	
»Grüne« Strategien und der Streit um die Kontrolle natürlicher Ressourcen	177
Miriam Boyer	
Krise und Vertiefung des Extraktivismus:	
Konturen von Alternativen	193
Alberto Acosta und Ulrich Brand	
Verzeichnis der Autor*innen	213

Vorwort

Extraktivismus und das mit ihm verbundene Wirtschaftsmodell, besonders in den Staaten Lateinamerikas, war von Beginn an Thema der Arbeit der Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften. Ein Entwicklungsmodell, das seit einigen Jahrzehnten wieder verstärkt auf Rohstoffabbau und -export setzt, bot Anlass für eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wachstumsstrategien und -modellen im Globalen Süden.

Ein besonderes Augenmerk lag und liegt dabei auf den lateinamerikanischen Linksregierungen. Sie setzten seit den späten 1990er-Jahren in verschiedenen Ländern das extraktivistische Wirtschaftsmodell zwar zumeist fort, aber investierten die Einnahmen aus dem Rohstoffexport über umfangreichere Besteuerung oder (Teil-)Verstaatlichungen zentraler Wirtschaftszweige in Armutsbekämpfung und Sozialprogramme. Die Spannungen, Widersprüche und Auseinandersetzungen, die dadurch erzeugt werden, sind dabei nicht nur für die wissenschaftliche Debatte, sondern auch für politische Auseinandersetzungen um Fragen der Verbindung sozialer und ökologischer Politik von brennender Aktualität. Denn das extraktivistische Entwicklungsmodell zerstört einerseits die natürlichen Lebensgrundlagen, verstärkt die ökologische Krise und ist stark vom Weltmarkt abhängig, kann andererseits aber effektiv dazu beitragen, Armut zu bekämpfen, Ungleichheit abzubauen und Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen zu verbessern und so staatliche Handlungsspielräume zurückzugewinnen.

Der vorliegende Band, herausgegeben von Martín Ramírez und Stefan Schmalz, nimmt diese oft als »Neoextraktivismus« bezeichnete Entwicklung nach dem »Linksruck« in Lateinamerika genauer in den Blick und beleuchtet die Spannungen, Widersprüche und Widerstände entsprechender Strategien. Anschaulich analysieren die Autorinnen und Autoren des Bandes die Auswirkungen unterschiedlicher extraktivistischer Wirt-

schaftszweige wie Bergbau, Wasser- und Forstwirtschaft, Erdölgewinnung und monokulturelles Agrobusiness in verschiedenen südamerikanischen Ländern. Sie zeichnen die Konflikte, die in den betroffenen Regionen entstehen, präzise nach. Darüber hinaus widmen sich die Beitragenden be- und entstehenden oder bisher nur imaginierten Alternativen zum Extraktivismus. Auf diese Weise öffnen sie Denkhorizonte für postextraktivistische Produktions- und Lebensweisen.

Die Zusammenarbeit von Sozialwissenschaftler(inne)n und Aktivist(inn)en ermöglicht eine gelungene Mischung aus wissenschaftlicher Analyse und politischer Debatte. Sie ist ein Musterbeispiel für eine organische Public Sociology (Michael Burawoy) und macht das Buch über wissenschaftliche Kreise hinaus auf für Praktiker(innen) interessant. Der Band passt somit hervorragend in die Reihe *Bibliothek der Alternativen* der Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er entstand im Rahmen des vom DAAD und BMBF geförderten thematischen Netzwerks »Transnationaler Wandel am Beispiel Patagoniens«. An dem Netzwerk sind neben der Friedrich-Schiller-Universität Jena sieben argentinische und chilenische Universitäten beteiligt; bereits zuvor entstanden hier Publikationen wie das von Hernán Cuevas, Dasten Julián und Jorge Rojas herausgegebene Buch »Expansion Capitalista, Conflictos Sociales y Ecologicos«. Wir danken den Autor(inn)en und besonders den Herausgebern des vorliegenden Bandes für ihre – wie wir finden – sehr wichtigen Beiträge zur Debatte um den Neoextraktivismus und die Krise lateinamerikanischer Linksregierungen. Wir hoffen, dass die so gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse auch Eingang in die deutschen und europäischen Debatten um eine sozial-ökologische Transformation finden werden.

Christine Schickert und Klaus Dörre

Jena im Juni 2019

Einleitung: Das gewonnene Jahrzehnt?

*Die lateinamerikanische Linke
im Zeitalter des Neoextraktivismus*

Martín Ramírez und Stefan Schmalz

Anfang des 21. Jahrhunderts stiegen weltweit die Rohstoffpreise in einem bisher noch nie bekannten Ausmaß an – mit weitreichenden Folgen für Lateinamerika, wo viele Volkswirtschaften vornehmlich auf der Ausbeutung und dem Export von natürlichen Ressourcen beruhen. Zeitgleich kamen auf dem Subkontinent zahlreiche linke Parteien und Bewegungen ins Amt und versuchten, eine Politik der Umverteilung voranzubringen. Die Kombination von günstiger Wirtschaftslage und fortschrittlicher Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ermöglichte eine deutliche Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen in Lateinamerika. Verschiedene linke Regierungen wie in Bolivien oder Venezuela galten zu diesem Zeitpunkt weltweit als Vorbild des antineoliberalen Widerstands und als Vorreiter eines »Sozialismus des XXI. Jahrhunderts« (Steffan 2003; Borón 2008).

Der Optimismus in der Region hielt allerdings nicht lange an. Der dramatische Einbruch der Rohstoffpreise von Erdöl oder Kupfer im Jahr 2014 senkte die Exporterlöse der Region und brachte die politische Stabilität ins Wanken. Das Ende der Wohlstandsperiode zeigte die Grenzen der gesellschaftlichen Transformation auf und minderte die Attraktivität der Linken bei den Wahlen. Zum sinkenden Wachstum, der Inflation, den Problemen im Staatshaushalt und der Anpassung an die Sachzwänge des Weltmarkts kamen immer größere Zugeständnisse an konservative Akteure hinzu, die danach strebten, die politische Macht wiederzuerobern.

Einleitung: Das gewonnene Jahrzehnt?

Sehr rasch wurden in Lateinamerika das »Ende des progressiven Zyklus« (Schavelzon 2017), das »Ende des Progressismus« (Ospina 2016) und der »Aufstieg der Rechten in Lateinamerika« (Erian 2016) verkündet. Die politische Krise der linken Regierungen lässt sich zum Teil auf die extraktivistische Ausrichtung der Volkswirtschaften zurückführen, denn die zentrale Bedeutung der Ressourcenextraktion und des Exports von Rohstoffen für die Ökonomie macht die Länder anfällig für die extremen Preisschwankungen auf den internationalen Rohstoffmärkten. Hinzu kommen die massiven Umweltbelastungen, die zum Beispiel durch den Megabergbau, die Erdölförderung und das Agrobusiness entstehen und zu sozialen Konflikten führen. Im Unterschied zum traditionellen extraktivistischen Wirtschaftsmodell, wo die Rohstoffrente in Händen von privaten Akteur(inn)en bleibt, spielte der Staat zur Zeit der Mitte-links-Regierungen eine aktive Rolle bei der Rentenverteilung. Die Politik des Rohstoffexports und der sozialen Umverteilung wird daher auch als »neo-extraktivistisch« bezeichnet (Gudynas 2009).

Die Beurteilungen der Mitte-links-Regierungen gehen aufgrund der Widersprüche und negativen Folgen des Neoextraktivismus stark auseinander. Anders als die Zeit der neoliberalen Regierungen in den 1990er-Jahren können die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts durchaus als ein »gewonnenes Jahrzehnt« (Serrano-Mancilla 2015) wahrgenommen werden. Der Staat wurde wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion gerückt und als eine wesentliche Sphäre der Politik und des öffentlichen Lebens wahrgenommen. Seine Rückkehr als zentraler Akteur stellte viele historische Fragen über emanzipatorische Prozesse neu: über das Verhältnis des Staats zum Aufbau der Gemeinschaft und zur Demokratie, zur Repräsentation und zur Freiheit, über seine territoriale Basis und die ethnische Vielfalt, über seine Institutionalisierung und die herrschenden Kräfteverhältnisse, über seine relative Autonomie und Abhängigkeit – und vor allem wurde der Staat wieder als umkämpftes Feld wahrgenommen. Im gewissen Sinne kann man also sagen, dass das lange progressive Jahrzehnt in Lateinamerika, das mit der Amtsübernahme von Hugo Chávez in Venezuela 1998 begann und mit dem Impeachment von Dilma Rousseff in Brasilien 2016 endete, eine historische Ausnahme gewesen ist. Jene Jahre des antineoliberalen sozialen Widerstandes, des Experimentie-

rens mit staatlicher Politik und eines je nach Land mehr oder weniger tief greifenden Eliten austauschs fanden in einem globalen Kontext neoliberaler Hegemonie statt: Weder Europa noch Asien oder Afrika erfuhren ähnliche Prozesse wie in Lateinamerika.

Wenn gleich die Linke in Lateinamerika ihre Hegemonie eingebüßt hat, so heißt das nicht, dass sie kein handlungsfähiger Akteur mehr ist. Sie konnte in einer neuen Konstellation wiederkehren, wie der Linkspersonalismus in Argentinien im Kampf gegen die wirtschaftsliberale Regierung Macri (seit 2015), oder sich teilweise sogar an der Staatsmacht halten, wie die Regierung Morales in Bolivien (seit 2006). Auch in Brasilien stellt die Arbeiter(innen)partei PT (Partido dos Trabalhadores) immer noch lokale Regierungen und bildet die größte Fraktion im Parlament. Das Ende des linken Zyklus bedeutet nicht ihr institutionelles Verschwinden, sondern die Beschränkung der Linken auf eine »entschärzte Macht«, sie erfuhr einen »Tod ohne Begräbnis« (Schavelzon 2017).

Die neue Periode ist bisher durch sehr unterschiedliche, heftig umkämpfte politische Projekte gekennzeichnet, die es genauer zu untersuchen gilt. Der vorliegende Sammelband stellt daher eine Momentaufnahme der lateinamerikanischen Politik und Wirtschaft nach dem Ende des Neoextraktivismus dar und diskutiert Zukunftsperspektiven und Alternativen zum extraktivistischen Entwicklungsmodell. Unter den Autor(innen) befinden sich Sozialwissenschaftler(innen) und Aktivist(innen) aus Lateinamerika und Deutschland, die sich mit dem Themenkomplex Extraktivismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen auf dem Subkontinent auseinandersetzen.

Der erste Teil des Bandes führt in das Konzept und die Geschichte des Extraktivismus ein. *Eduardo Gudynas*, einer der bekanntesten Kritiker(innen) der Mitte-links-Regierungen, definiert den Extraktivismus als eine Form des Rohstoffabbaus, die sich durch eine sehr hohe Intensität und durch Exportorientierung auszeichnet. Der Neoextraktivismus habe negative Auswirkungen in den Abbaugebieten und für die gesamte Gesellschaft mit sich gebracht, zu Korruption und Rechtswidrigkeiten geführt und auch sozial-ökonomische Ungleichheiten und die internationale Unterordnung Lateinamerikas reproduziert. *Stefan Schmalz* geht den Rahmenbedingungen des lateinamerikanischen Neoextraktivismus

auf den Grund. Er identifiziert vier Triebkräfte: die Transnationalisierung der Produktion, den ökonomischen Aufstieg Chinas, die ökologische Krise und die politische Linkswende in Lateinamerika. Jüngst sei eine Krise des Neoextraktivismus zu beobachten; alle vier Faktoren verlieren derzeit an Stabilität.

Stefan Peters' rententheoretische Studie zur Krise in Venezuela eröffnet den zweiten Teil des Sammelbandes, der Fallstudien zu einzelnen Ländern und Wirtschaftssektoren beinhaltet. Seinem Ansatz zufolge wirkt der Rentierstaat über die Verteilung der Renteneinnahmen prägend auf Wirtschaft und Gesellschaft und wird so zum zentralen Entwicklungsgatten. Der Zugang zur staatlichen Rentenverteilung wird in diesem Kontext zu einem entscheidenden Faktor für ökonomischen Erfolg und soziale Schichtung. Mit dem Fall der Erdölpreise geriet daher auch das gesamte politische System Venezuelas in eine Krise. Der Chavismus ist Peters zufolge gescheitert, da er nicht mit der Rentenlogik brechen konnte.

Während Venezuela als radikalster Fall eines linken Neoextraktivismus gilt, wurde in Chile eine Ressourcenpolitik umgesetzt, die sich an neoliberalen Leitlinien orientierte. *Anna Landherr, Jakob Graf und Cora Puk* untersuchen am Beispiel der Forstwirtschaft und des Bergbaus in Chile die sozial-ökologischen Folgen des neoliberalen Vorzeigemodells. Sie zeigen, dass die sozial-ökologischen Widersprüche sich vor allem in der Wasserwirtschaft äußern, die stark privatisiert ist und von Profitinteressen dominiert wird. *Hernán Cuevas und Jorge Budrovich* untersuchen mit der Hafeninfrastruktur einen weiteren Aspekt des chilenischen Extraktivismus. Am Beispiel der Hafenstadt Valparaíso stellen die Autoren den Zusammenhang vom Rohstoffbau, Logistik und Neoliberalismus in Chile dar. Die Studie zeigt, wie der chilenische Staat durch große Infrastrukturinvestitionen Märkte schafft und die Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Akteur(inn)en vorantreibt.

John Wilkinson und Paulo Pereira untersuchen die Sojawirtschaft in Brasilien. Die Autoren beobachten eine geografische Verschiebung der Anbaugebiete. Die Produktion hat sich heute in den Norden des Landes verlagert und setzt auf neue Geschäftsmodelle, die auf einer Finanzialisierung der Landwirtschaft beruhen. Zudem sind neue Akteur(innen), vor allem aus China und Japan, in den Konkurrenzkampf um die Kon-

trolle über die Produktion und Logistik eingetreten, die sich aufgrund des regulatorischen Rahmens dazu gezwungen sehen, mit inländischen Akteur(inn)en zu kooperieren.

Die Folgen des Neoextraktivismus fallen folglich je nach politischer Konstellation sehr unterschiedlich aus. *Federico Nacif* schließt den zweiten Teil des Sammelbandes mit seinem Beitrag zur Lithiumförderung in Chile, Argentinien und Bolivien. In der Studie wird argumentiert, dass die Funktionsweise und Auswirkungen der Lithiumindustrie sich nicht allein auf technische Eigenschaften zurückführen lassen. Während etwa der Lithiumabbau in Chile und Argentinien in losgekoppelten Bergbauenklaven umgesetzt werde, sei die Lithiumwirtschaft in Bolivien strategisch in die Industrialisierungspolitik des Landes eingebettet, mit erfolgversprechenden Aussichten.

Extraktivismen werden in allen Ländern der Region von sozialen Konflikten begleitet. Im dritten Teil des Bandes werden die Ursachen solcher Konflikte und alternative Strategien diskutiert. Der Beitrag von *Martín Ramírez* gründet auf der Annahme, dass die jeweilige Konfliktform von den Eigenschaften und der Organisation der extractiven Tätigkeiten geprägt wird. Rohstoffquellen, Extraktionsstätten und Transportwege bilden Netzwerke, die unterschiedliche Formen von sozialen Konflikten hervorrufen. Das Modell der Extraktionsnetzwerke ist dabei hilfreich, den Charakter der Rohstoffgewinnung besser zu verstehen, und zeigt zugleich, welche Ressourcen soziale Bewegungen in Anspruch nehmen können, um alternative Lebensweisen aufrechtzuerhalten bzw. voranzutreiben.

Miriam Boyer geht in ihrem Beitrag der Frage nach, ob Naturschutz durch Kompensationszahlungen eine realistische und nachhaltige Alternative zum Extraktivismus darstellt. Sie argumentiert, dass Kompensationsprojekte dazu führen, dass der Rohstoffabbau vielmehr in abgelegene Gebiete verlagert und legitimiert wird. Die Kompensationspolitik unterstützt sogar neue Formen der Vermarktung von Ressourcen wie die Biotechnologie und Bioökonomie, die Ökosysteme produktiv nutzen, aber in größerem Umfang genauso schädlich sein können. Am Beispiel der Produktion eines auf Zuckerrohr basierenden Isopren wird gezeigt, dass dessen Produktion gigantischer Anbauflächen bedarf. Eine echte Alter-

native zum Extraktivismus, so die Autorin, setzt eine demokratische Nutzung von natürlichen Ressourcen voraus.

Eine solche demokratische Nutzung sowie mögliche Auswege aus dem Extraktivismus werden im Beitrag von *Alberto Acosta und Ulrich Brand* diskutiert. Die progressiven Regierungen in Lateinamerika seien daran gescheitert, einen Umbau der Produktionsstruktur voranzutreiben. Vielmehr sei das Modell des Ressourcenextraktivismus vertieft worden, und die politischen Regime seien autoritärer geworden. Allerdings existieren auch gesellschaftliche Akteur(innen), die den Extraktivismus kritisieren und ihn zu überwinden versuchen. Die Zielsetzung eines Postextraktivismus sei nur über eine umfassende sozial-ökologische Transformation und Demokratisierung zu erreichen, bei der sich Reform und struktureller Wandel mit Kritik und Widerstandsrecht verbinden.

Das vorliegende Buch wäre ohne Unterstützung von verschiedenen Institutionen und Einzelpersonen nicht möglich gewesen. Ihm ging zunächst der Workshop »(Neo)Extractivismo en América Latina. Posibilidades, límites y riesgos«, der am 30. 03. und 01. 04. 2016 in Buenos Aires stattfand, voraus. Die Veranstaltung fand im Rahmen des soziologischen Teilprojekts des von DAAD und BMBF geförderten Thematischen Netzwerks »Transnationaler Wandel am Beispiel Patagoniens: Soziale Ungleichheiten, interkultureller Austausch und ästhetische Ausdrucksformen« statt, das an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena angesiedelt ist. Der Workshop wurde vom Centro de Investigacion en Trabajo, Distribución y Sociedad (CITRADIS) an der ökonomischen Fakultät der Universidad de Buenos Aires veranstaltet. Neben der Co-Koordinatorin des Thematischen Netzwerks Johanna Sittel hatten insbesondere María Eugenia Sconfienza, Sabrina Ferraris und Santiago Boffi sowie das Team der Friedrich-Ebert-Stiftung in Buenos Aires um Dörte Wollrad maßgeblichen Anteil an der Umsetzung der Veranstaltung. Des Weiteren gilt unser Dank den Referent(inn)en und Teilnehmenden des Workshops, die durch ihre kontroversen und gehaltvollen Diskussionen dieses Buch maßgeblich mit auf den Weg gebracht haben.

Wir möchten ferner dem DFG-Kolleg »Postwachstumsgesellschaften« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena für die Finanzierung des Sammelbandes danken. Hier sei insbesondere Christine Schickert erwähnt,

die die Buchpublikation von Beginn an kompetent begleitet hat. Auch den unmittelbar an der Buchproduktion beteiligten Personen gilt unser herzlicher Dank: Cora Puk für die Übersetzungen aus dem Spanischen und Genevieve Schreiber für die Lektorats- und Formatierungsarbeiten. Ohne die genannten beteiligten Personen und Organisationen wäre das vorliegende Buch nicht möglich gewesen.

LITERATUR

- Borón, A. (2008): *Socialismo del siglo XXI: ¿hay vida después del neoliberalismo?*, Buenos Aires.
- Erian, M. A. (2016): *El ascenso de la derecha en América Latina*, in: *Nueva Sociedad* [<http://nuso.org/articulo/el-ascenso-de-la-derecha-en-america-latina/>; 05. 06. 2019].
- Gudynas, E. (2009): *Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual*, in: CAAP; CLAES (Hrsg.): *Extractivismo, política y sociedad*, S. 187–225.
- Ospina, P. (2016): *El final del progresismo*, in: *Nueva Sociedad* [<http://nuso.org/articulo/el-fin-del-progresismo/>; 05. 06. 2019].
- Schavelzon, S. (2017): *El fin de ciclo progresista sudamericano ¿Ha sido derrotado el imaginario político de la izquierda?*, in: *Nueva Sociedad* [<http://nuso.org/articulo/el-fin-de-ciclo-progresista-sudamericano/>; 05. 06. 2019].
- Serrano Mancilla, A. (2015): *América Latina en disputa*, Caracas.
- Steffan, H. D. (2003): *El socialismo del siglo XXI*, Bogotá.

Teil 1

KONZEPTE UND BEGRIFFE

Einführung in das Konzept
des (Neo-)Extraktivismus
und aktuelle Situation

Extraktivismen

Erscheinungsformen und Nebenwirkungen

Eduardo Gudynas

Zu den »Extraktivismen« gehören eine Reihe von Aktivitäten wie der Megabergbau, die Erdölförderung oder der monokulturelle Anbau von Sojabohnen, die in Lateinamerika enorm an Bedeutung gewonnen haben. Sie schaffen wichtige Exportgüter, haben aber gleichzeitig eine Vielzahl negativer sozialer und ökologischer Auswirkungen. Die extraktivistischen Aktivitäten sind in globale Handelsnetzwerke eingebettet, die für den gegenwärtigen Kapitalismus typisch sind, obwohl sie sowohl von konservativen als auch von progressiven Regierungen gefördert werden. Dies erklärt die unterschiedlichen Reaktionen und Proteste der Bürger(innen), die von Extraktivismen hervorgerufen werden.

Der vorliegende Text erkennt die große Bedeutung dieser Tätigkeiten an und bietet eine Einführung in das Konzept des Extraktivismus sowie einen Überblick über die neuesten konzeptionellen Fortschritte, die auf den Erfahrungen Lateinamerikas basieren. Darüber hinaus wird auf Überlegungen und Diskussionen eingegangen, die vor allem durch Beiträge und Kritiken gesellschaftlicher Akteure wie politischer Aktivist(innen) entstanden sind.

1

Extraktivismus: Das Konzept

Der Begriff »Extraktivismus« wird spätestens seit den 1970er-Jahren häufig verwendet, um die Bergbau- und Ölexportsektoren zu beschreiben. Der Begriff wurde von transnationalen Unternehmen, multilateralen Banken und Regierungen in die Diskussion gebracht und später von zivilgesellschaftlichen Gruppen aufgegriffen, die sich gegen solche Aktivitä-

ten aussprachen. Die Bedeutung extractivistischer Aktivitäten nahm zwar auf allen Kontinenten zu, breitete sich jedoch seit Beginn des 21. Jahrhunderts in Lateinamerika besonders rasch aus. Die traditionellen Extractivismen wurden vertieft und um neue Formen ergänzt. Es wurden immer mehr Räume zur Ressourcenausbeutung erschlossen, bis extractivistische Tätigkeiten an die entlegensten Orte vordrangen. Gleichzeitig nahmen die gesellschaftlichen Kontroversen und der Widerstand der Bürger(innen) deutlich zu.

Mit der Bekanntheit des Begriffs stieg auch dessen Unklarheit. Für manche bedeutete Extractivismus fast jede Art der Nutzung natürlicher Ressourcen, unabhängig davon, ob diese von einer bäuerlichen Familie oder einer transnationalen Ölgesellschaft ausging. Gleichzeitig aber fingen die progressiven südamerikanischen Regierungen¹ an, das Konzept mit einem Vokabular zu verteidigen, das Teil der klassischen Linken war. Diese und weitere Gründe machten es notwendig, das Konzept des Extractivismus zu spezifizieren, um es einerseits von anderen Aktivitäten zu unterscheiden und um andererseits seine Organisation und Dynamik zu verstehen und vor allem nach Alternativen suchen zu können.

Der erste Schritt der Begriffsbestimmung besteht darin, die verschiedenen Arten der Aneignung natürlicher Ressourcen zu unterscheiden. Hierbei wird von zwei Dimensionen ausgegangen, zum einen dem Zielort der Ressourcen (je nachdem, ob der Binnen- oder der Exportmarkt dominiert); auf der anderen Seite der Menge oder der Intensität der Extraction. Auf diese Weise sind unterschiedliche Kombinationen möglich, die in Tabelle 1 zusammengefasst sind.

Die Menge der aus der Natur abgeschöpften Ressourcen wird anhand physikalischer Indikatoren wie Tonnen an Erzen oder an Getreide gemessen. Auf diese Weise werden die klassischen Wirtschaftsindikatoren verworfen, da sie den Abbau natürlicher Ressourcen nicht angemessen widerspiegeln. Darüber hinaus reicht es nicht aus, das Endvolumen zum Beispiel an zu exportierenden Tonnen Eisenerz zu berücksichtigen. Viel-

¹ Anmerkung der Herausgeber: Gudynas bezieht sich hier auf die Mitte-links-Regierungen in Lateinamerika in Ländern wie Argentinien (2003–2015), Brasilien (2003–2016) oder Venezuela (seit 1998), die zeitweise in der Mehrheit der Staaten des Subkontinents amtierten.

mehr muss das gesamte extrahierte Material in Betracht gezogen werden. Dies macht es notwendig, den »ökologischen Rucksack«, das heißt die Menge an Ressourcen, die bei der Herstellung und dem Transport eines Produkts verbraucht werden, mit einzubeziehen, die zum Beispiel im Bergbau alle Arten von weggeworfenem Gestein und anderen Abfällen umfassen. Der Umfang der abgeschöpften Ressourcen kann durch Einbeziehung dieser Variablen besser geschätzt werden, zudem wird deutlich, dass diese zum Teil als Abfall in den Ländern des Südens verbleiben.

Weiterhin muss auf die Intensität der Umweltauswirkungen der Extraktion geachtet werden. Hierzu gehören unter anderem Ökotoxizität, Schadstoffbildung und die Verwendung von Sprengstoffen. Dies liegt daran, dass es einige Formen der Aneignung natürlicher Ressourcen gibt, die Technologien mit sehr großen Auswirkungen auf die Umwelt verwenden. Hierzu zählt unter anderem die Herstellung von Gold, das aus Flüssen in tropischen Wäldern entfernt wird und eine starke Verschmutzung der Flüsse mit Quecksilber hinterlässt.

Tabelle 1: Aneignungsformen natürlicher Ressourcen. In jedem Fall werden anschauliche Beispiele angeführt. Extraktivismus ist ein Sonderfall.

Basierend auf Gudynas 2015.

Verwendung	Volumen/Intensität der Extraktion		
	Gering	Mittel	Hoch
Lokal	Ländlicher Anbau von Nahrungsmitteln für den familiären oder kommunalen Verbrauch	Baumfällungen für Feuerholzbeschaffung	Auffangen von Wasser für die Bewässerung oder den häuslichen Gebrauch
National	Pflanzliche Fasern für Korbwaren, Decken usw. Vermarktung an verschiedenen Standorten	Herkömmliches Obst und Gemüse für nationale Märkte	Sand und Kies für den Bau
Export	Biologische Nahrungsmittel	Blumen aus dem Gewächshaus	EXTRAKTIVISMEN Soja und andere monokulturell angebaute Pflanzen für den Export; fossile Brennstoffe

Auf diese Weise können verschiedene Arten der Aneignung identifiziert werden, deren erster Schritt darin besteht, dass Menschen das abbauen, was sie als »Ressource« bezeichnen. Eine Bauernfamilie, die dazu beiträgt, ihre Gemeinschaft zu ernähren, ist nicht das Gleiche wie die kleinen und mittelgroßen Landwirte, die zur Lebensmittelproduktion eines Landes beitragen. Und diese sind wiederum nicht das Gleiche wie der großflächige Anbau von genetisch veränderten monokulturellen Sojabohnen, die nach China exportiert werden. Daher ist der Extraktivismus bei diesen Aneignungsformen ein besonderer Fall (Tabelle 1).

Nach diesen Kriterien werden Extraktivismen als eine Art der Aneignung natürlicher Ressourcen in großen Mengen und/oder mit hoher Intensität definiert, bei denen mindestens die Hälfte als Rohstoffe ohne industrielle oder nur mit geringer Verarbeitung exportiert werden und als Commodity definiert werden können. Diese Definition folgt der Festsetzung der Statistikabteilung der Vereinten Nationen (welche wiederum auf dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel, SITC, beruht) und wurde von Regierungen weltweit akzeptiert.

Aus der Präzisierung des Konzepts leiten sich viele Konsequenzen ab. Die erste ist, dass die Extraktivismen multidimensional sind, da sie die klassischen Sektoren Bergbau, Erdölförderung und Landwirtschaft umfassen. Diese Perspektive erlaubt es außerdem, auch andere Tätigkeiten, wie den Goldabbau in Schwemmlandgebieten, verschiedene landwirtschaftliche Bereiche (Kaffee, Bananen usw.), Aktivitäten wie die Garnelen- und Lachszucht oder die intensive Fischerei zur Herstellung von Fischmehl, in den Blick zu bekommen.

Wichtig ist jedoch, dass bei diesen Definitionskriterien die sozialen und ökologischen Auswirkungen nicht berücksichtigt werden. Wie sich im Folgenden zeigen wird, sind sie bei den Extraktivismen zweifelsohne sehr hoch. Es gibt andere Formen der Aneignung natürlicher Ressourcen, die nicht dem Export dienen, die aber ebenfalls schwerwiegende Auswirkungen haben. Dies ist wichtig, um nicht zu übertreiben und nicht jede Tätigkeit mit großen Umweltauswirkungen als Extraktivismus einzustufen.

Obwohl Extraktivismen immer lokal sind, da der Abbau der natürlichen Ressourcen an bestimmten Standorten verankert ist, sind sie gleich-

wohl aber an die Globalisierung gebunden. In gewissem Maße sind sie somit global. Internationale Faktoren wie die Rohstoffpreise oder die Investitionszuflüsse bestimmen maßgeblich ihre Ausweitung oder ihren Rückgang. Damit diese Exporte durchgeführt werden können, müssen sich Unternehmen und Staaten an die Regeln und Strukturen der internationalen Politik halten.

Es wäre nicht richtig, von einer »Produktion« von Metall(erzen), fossilen Brennstoffen oder Getreide zu sprechen, wie dies bei der herkömmlichen Ökonomie oder Regierungsberichten der Fall ist. Im Extraktivismus wird nichts produziert. Es wird extrahiert, und es kommt zu einem Nettoverlust des natürlichen Erbes. Es ist auch ein Fehler, von »extraktiven Industrien« zu sprechen, da in ihnen keine industrielle Transformation stattfindet, solange keine Industrieprodukte hergestellt werden. Die Beharrlichkeit, von »extraktiven Industrien« zu sprechen, dient kulturellen und politischen Interessen, indem ein imaginäres Bild großer Fabriken mit vielen Arbeiter(inne)n geschaffen wird, um so die Unterstützung der Bürger(innen) zu erlangen.

Gleichermaßen gibt es auch keine »extraktivistischen Länder«, da dieser Begriff immer unvollständig bliebe, um alle Entwicklungsstrategien oder Volkswirtschaften zu beschreiben. Auf der anderen Seite ist es richtig, auf das enorme Gewicht dieser Sektoren innerhalb der lateinamerikanischen Länder hinzuweisen. Dabei sollte jedoch nicht unterschlagen werden, dass es auch in Ländern der Ersten Welt sehr wohl extraktive Enklaven gibt – Kanada und Australien sind hierfür bemerkenswerte Fälle.

Die enge Definition dient zudem als Schutz gegen eine überbordende Verwendung des Begriffs »Extraktivismus« für alle Arten von sozioökonomischen Prozessen (zum Beispiel finanzielle Extraktivismen, urbaner Extraktivismus oder Extraktivismus der Ideen usw.). Eine solche Verwendung ist nicht sinnvoll, da der Begriff an beschreibenden und analytischen Eigenschaften verliert, je diffuser er genutzt wird. Gleichzeitig wird oft vergessen, dass zum Verständnis von Themen wie die Finanzialisierung oder die Kolonialität des Wissens eigenständige Theorieansätze erforderlich sind.

1.1 *Tendenzen*

Die südamerikanischen Extraktivismen haben sich immer weiter ausgebretet, wobei sie von der Boomperiode mit hohen Preisen und einer hohen Nachfrage nach Rohstoffen profitierten.² Die Länder bauten ihre Aktivitäten in diesen Sektoren aus, erweiterten sie um neue Bereiche (beispielsweise versuchten Länder ohne Megabergbau, diesen einzuführen, und andere Länder, die zuvor kein Erdöl gefördert hatten, experimentierten mit dem Abbau fossiler Brennstoffe) und unterstützten Vorhaben in immer abgelegeneren Gebieten (zum Beispiel im Regenwald oder an der Meeresküste).

Die Folge ist, dass sich das Volumen der gewonnenen natürlichen Rohstoffe erhöhte. Zum Beispiel stieg die Verwendung von Erzen und Metallen sowohl für die Nutzung im Inland als auch für den Export von 659 Millionen Tonnen im Jahr 1970 auf fast 4 Milliarden Tonnen im Jahr 2017 an (Bárcena 2018). Brasilien wurde zum größten Extraktivisten des Kontinents und dominierte in Bezug auf das Exportvolumen von Erzen und Metallen (insbesondere Eisen) sowie Agrarprodukten (insbesondere Sojabohnen). Wenn man ihre Umweltauswirkungen und die ausgedehnten territorialen Auswirkungen bedenkt, wird deutlich, dass Extraktivismen zu den größten Umweltproblemen des Kontinents geworden sind. Da es sich um eine von der Globalisierung bedingte Dynamik handelt, sind die Optionen der Regierungen, dem Extraktivismus zu begegnen, begrenzt.

1.2 *Organisation*

Bei der Charakterisierung sollte weiterhin bedacht werden, dass das Konzept der »Formen der Aneignung« zum Teil eine Folge der Wiedereinführung und Aktualisierung des marxschen Konzepts der »Produk-

² Anmerkung der Herausgeber: Gudynas bezieht sich hier auf den Rohstoffboom von circa 2003 bis 2014, bei dem insbesondere fossile Brennstoffe und Metallerze sehr hohe Preise aufwiesen.

tionsweise« ist. Dies impliziert, dass zum Beispiel bei der Analyse der Eigentumsformen eine breite Vielfalt wahrgenommen werden kann. Zu den häufigsten Eigentumsformen gehören private Unternehmen (transnationale, regionale und nationale), staatliche Firmen (hier zählen die Ölunternehmen zu den bekanntesten), staatlich-private Mischunternehmen (wie Petrobras aus Brasilien), formal private Unternehmen, die aber durch den Staat oder regierungsnahe Gruppen kontrolliert werden (wie beispielsweise das Bergbauunternehmen Vale), Genossenschaften (im Bergbau oder der Landwirtschaft), kleine oder Einzelunternehmen (von kleinen landwirtschaftlichen Formen bis zum illegalen Bergbau).

Die Kategorie »Formen der Aneignung« ist außerdem nützlich, da sie uns dazu zwingt, die Vielfalt der Extraktivismen zu präzisieren. In einigen Wirtschaftssektoren einzelner Länder überwiegen das staatliche Eigentum und der durch den Staat kontrollierte Zugang. Dennoch ist es nicht ungewöhnlich, dass staatliche Ölunternehmen Unterverträge mit ausländischen Unternehmensgruppen abschließen oder sich mit ihnen zusammenschließen. In anderen Sektoren bleibt zwar das staatliche Eigentum vorhanden, jedoch wird die Verwaltung auf private Unternehmen übertragen. Dies ist zum Beispiel beim monokulturellen Anbau von Soja der Fall. Hier schließen die Grundeigentümer(innen) Pachtverträge ab oder teilen sich das Risiko mit Firmen, die Technologien, Verbrauchsmaterialien und Maschinen zur Verfügung stellen und sich um die Vermarktung der Ernte kümmern. In Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gibt es große, Logistikkonzernen ähnelnde Unternehmen, die nicht daran interessiert sind, das Land zu besitzen, sondern lediglich deren Nutzung kontrollieren wollen.

Diese Beispiele dienen dazu, den Unterschied zwischen dem Besitz natürlicher Rohstoffe und dem Zugang zu ihnen zu veranschaulichen (im Sinne von Ribot & Peluso 2003). In einigen Sektoren und Ländern akzeptieren selbst große transnationale Konzerne immer häufiger nicht nur nationale Eigentümer(innen), sondern auch, dass die erste Phase des Abbaus von staatlichen Unternehmen durchgeführt wird. Gleichzeitig kontrollieren sie die Technologien und legen fest, welche Güter auf den Weltmarkt exportiert werden sollen. Einige transnationale Unternehmen bevorzugen diese Herangehensweise, weil dadurch Probleme vermieden

werden, die die Vergabe von Konzessionen oder Konflikte mit lokalen Gemeinschaften mit sich bringen.

Auf jeden Fall ist es erstaunlich, dass diese Extraktivismen in allen Ländern des Kontinents vorzufinden sind. Die unterschiedlichen politischen Rechtfertigungen erklären wiederum Unterschiede in der Organisationsweise. In Ländern wie Kolumbien, Chile, Peru und Paraguay (mit Ausnahme der Versuche der Regierung von F. Lugo) können konservative Extraktivismen beobachtet werden, die trotz einiger Anpassungen wie die Extraktivismen des 19. Jahrhunderts funktionieren. Bei ihnen wurden die starke Position des privaten Sektors und insbesondere der transnationalen Konzerne sowie eine untergeordnete Rolle des Staates unter den Markt beibehalten.

Als jedoch die »progressiven« Regierungen in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Uruguay, Venezuela und für kurze Zeit auch in Paraguay amtierten, kam es zu einigen Veränderungen. Darunter war die stärkere Rolle des Staates, die sich in der Besteuerung und in einer direkten Beteiligung staatlicher Unternehmen an extraktivistischen Konzernen ausdrückte, wie es beispielsweise bei den Ölkonzernen zu beobachten war. Der Begriff »Neoextraktivismus«, der immer bekannter wurde, war ursprünglich nur eine Chiffre für die Re-Regulierung und Verteidigung der Extraktivismen durch diese progressiven Kräfte.

Die progressiven Extraktivismen und der damit einhergehende nationalistische Diskurs wurden in Argentinien von einer konservativen Regierung (M. Macri) und in Brasilien von der extremen Rechten (J. Bolsonaro) abgelöst. Es kam zu einer Ausdifferenzierung konservativer Regierungsstile: In Argentinien ähnelt die Strategie der chilenischen oder kolumbianischen, während in Brasilien tief greifende Änderungen angekündigt wurden. Hierzu gehören beispielsweise die Öffnung indigener Gebiete für den Bergbau und die Ausweitung der Land- und Viehbestandsgrenzen. Die Extraktivismen nähern sich so den neoliberalen Formen der Inwertsetzung des 20. Jahrhunderts an. Auf der anderen Seite besteht in Venezuela ein progressiver Diskurs mit einer antiimperialistischen Rhetorik fort. Auch hält die Regierung am Extraktivismus fest und stellte einen gigantischen Plan zur Förderung des Megabergbaus vor, der vom Militär umgesetzt werden soll.

Lateinamerika sieht sich großen Problemen gegenüber. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung und die Umverteilungspolitik der Mitte-links-Regierungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts beruhten nicht zuletzt auf dem Export von Rohstoffen. Dieser »Extraktivismus« ist heute durch den Verfall der Rohstoffpreise in eine Krise geraten. Die Krise hat verschiedene Dimensionen, die von wirtschaftlichen Problemen bis hin zu Umweltschäden reichen. Sie trug auch zur politischen Schwächung der Mitte-links-Regierungen bei, es folgten Wahlsiege rechtskonservativer Parteien und Bewegungen. Obwohl in Lateinamerika eine umfangreiche Debatte zum extraktivistischen Entwicklungsmodell existiert, werden dessen Aufstieg und Krise hierzulande bisher am Rande diskutiert. Der Band versammelt eine Reihe von Fallstudien von lateinamerikanischen und deutschen Autor_innen und nimmt auf diese Weise eine Bestandsaufnahme des Extraktivismus in Lateinamerika vor. Gleichzeitig werden Zukunftsszenarien und alternative Entwicklungspfade ausgelotet.

Martín Ramírez promoviert am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Thema Umweltpolitik und Gouvernementalität. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ökonomie Lateinamerikas, Gesellschaftstheorie und Umweltsoziologie.

Stefan Schmalz ist Akademischer Rat am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Forschungsgebiete sind Entwicklungsforschung, Politische Ökonomie, Arbeitssoziologie sowie Lateinamerika und China.